



Geschlossene Gesellschaft im Wallis

Wegen des Coronavirus dürfen im Wallis maximal zehn Menschen Gottesdienst feiern. In Leuk-Stadt kommen zur Sonntagsmesse just zehn Menschen. Und wenn mehr Gläubige gekommen wären? «Ich bin kein Polizist», sagt Pfarrer Daniel Noti.



Schweiz

Es wäre Platz für mehr Gläubige in der Kirche St. Stephan in Leuk-Stadt. | © Raphael Rauch

Dieser Herbsttag könnte einem Bilderbuch entsprungen sein. Oder einem Mörike-Gedicht: blauer Himmel, orangene Weinreben, das Oberwallis ist in warmes Gold getaucht. Das einzige, was aus katholischer Sicht den Sonntag trübt, sind die jüngsten Corona-Bestimmungen.

Die Menschen begleiten

Die Pandemie dominiert alles – auch das Pfarreileben von St. Stephan in Leuk-Stadt. Normalerweise kommen sonntags an die hundert Menschen. Doch das verbietet der Walliser Staatsrat. An Gottesdiensten dürfen maximal zehn Menschen teilnehmen. Zieht man Pfarrer, Sakristan, Organistin und Kantor ab, bleiben sechs Schäfchen, die die Messe mitfeiern dürfen.

Es sind just sechs Schäfchen, die am Sonntag zum Gottesdienst kommen. Pfarrer Daniel Noti (34) lässt durchblicken, dass er mit den

Beschlüssen aus Sitten Mühe hat. «Ich bin kein Polizist, der kontrolliert, sondern Geistlicher», sagt der Pfarrer. «Ich bin da, um die Menschen auf ihrem Lebensweg zu begleiten. Das ist in dieser Zeit besonders wichtig.»

«Kirche muss nicht systemrelevant sein, sondern menschenrelevant», sagt Daniel Noti. «Die Kirche ist nicht für ein System da, sondern für alle Menschen.» Er möchte trotz Corona-Einschränkungen für seine Schäfchen da sein. Darum hat er eine Whatsapp-Gruppe reaktiviert, die Mitte März erstellt wurde. «Ich verschicke jeden Tag einen Impuls an Menschen aus dem ganzen Oberwallis», sagt Daniel Noti.

Lieber «Guten Tag» als nur «Sali»

Am heutigen Sonntag geht es um das Thema Grüssen. «Sali» und «Ciao» – das sind Grussformeln, die Daniel Noti zu wenig in die Tiefe gehen. «Ich sage lieber «Guten

Tag». Da steckt mehr drin. Ich wünsche dir etwas, ich gebe dir den Segen weiter – dass du dich wohl fühlst, dass du einen guten Tag hast.»

«Die Kirche ist so gross»

Alberta Grand sagt, sie habe heute einen guten Tag. Sie war einer der zehn Menschen im Gottesdienst. «Die Kirchentüre war offen. Also bin ich rein und habe die Messe mitgefeiert.» Extra früher sei sie nicht gekommen. «Ich habe es darauf ankommen lassen.»

Ivan Erceg hat kroatische Wurzeln. Er lebt seit 30 Jahren in der Schweiz und sagt: «Ich gehe jeden Tag in die Messe. Wenn ich mal nicht in die Messe gehe, fühlt es sich an, als ob ein Teil meines Körpers fehlt.» Was Erceg nicht versteht: «Die Kirche ist so gross – warum dürfen da nicht mehr Leute zum

Fortsetzung auf nächster Seite

Meinung

Die Kirchen sind menschenrelevant

Der Bund lässt Gottesdienste mit bis zu 50 Gläubigen zu. Bundesbern reagiert damit besonnener als die Kantone Wallis, Bern und Schwyz. Im Wallis dürfen maximal zehn Menschen an Gottesdiensten teilnehmen. Will heissen: Selbst Jesus und seine zwölf Jünger wären zu viele gewesen. Bern mit einer Obergrenze von 15 Gläubigen und Schwyz mit 30 sind kaum besser.

In Deutschland und in Italien haben sich Lösungen bewährt, wo statt absoluter Zahlen die tatsächliche Grösse der Kirche und das Schutzkonzept zählen.

Die drastischen Obergrenzen sind ein Angriff auf die Religionsfreiheit. Sie sind unangemessen, weil von Gottesdiensten keine grosse Gefahr für die öffentliche Gesundheit ausgeht. Es ist unfair, dass Restaurants und Beizen nach wie vor zig Gäste empfangen dürfen, Gottesdienste sich aber einem strengen Reglement unterwerfen müssen.

Gläubige, die Gottesdienste besuchen, sind oft bürgerlich geprägte Menschen. Sie halten sich an Regeln und Schutzkonzepte. Die Gefahr, dass Massnahmen unterwandert werden, ist gering. Der Bund hat richtig entschieden: Epidemie-Bekämpfung und Religionsfreiheit, Glaube und Vernunft schliessen sich nicht aus.

Die Kirchen sind vielleicht nicht mehr systemrelevant, aber menschenrelevant. So hat es ein Pfarrer im Oberwallis formuliert. Ihm ist zu wünschen, dass die Kantone Wallis, Bern und Schwyz sich nun am Bund orientieren und die Obergrenze auf 50 erhöhen. Ein Flickenteppich gibt nur Corona-Skeptikern Aufwind, die ohnehin von willkürlichen Massnahmen sprechen.



Raphael Rauch

Redaktionsleiter kath.ch

Bundesrat erlaubt Gottesdienste mit bis zu 50 Personen

Die neuen Corona-Massnahmen betreffen auch die Gottesdienste. Dabei ist der Bund grosszügiger als einige Kantone.

Die neue Regelung sieht vor: Kirchen können geöffnet bleiben – und auch Gottesdienste dürfen weiterhin gefeiert werden. Allerdings gilt eine Maskenpflicht und eine Obergrenze von 50 Gläubigen.

Damit will der Bundesrat das Infektionsrisiko eindämmen – und die Religionsfreiheit trotzdem respektieren. «Die Lage ist besorgniserregend», sagte Bundesrat Alain Berset am 28. Oktober. «Ziel ist, eine «Schliessung» der Gesellschaft zu verhindern.» Alle seien gefordert, hierzu einen Beitrag zu leisten.

Der Bundesrat hat damit weniger strenge Massnahmen erlassen, als sie in einzelnen Kantonen gelten. Im Wallis sind seit zwei Wochen nur noch Gottesdienste mit maximal zehn Gläubigen möglich. In Bern gilt eine Obergrenze von 15 und im Kanton Schwyz von 30 Personen. Unklar war am

28. Oktober noch, ob die Kantone bei ihren Regeln bleiben.

Bistum Sitten kritisiert Staatsrat

Die pauschale Obergrenze – unabhängig von der Grösse des Kirchenraums – hatte bei Kirchenvertretern für Empörung gesorgt. «Mindestens auf die Grösse müsste geachtet werden», sagt Urban Federer, der Abt des Klosters Einsiedeln. Die grosse Barockkirche durfte nach den Regeln des Kantons Schwyz nur 30 Gläubige zulassen.

Kritik am Walliser Staatsrat übte der Bischof von Sitten, Jean-Marie Lovey. «Es ist nicht mehr möglich, sich in einer zahlenmässig grossen Gemeinschaft zu treffen», schreibt er in einem Brief. Er empfahl den Gläubigen, «kleine Gemeinschaften zu bilden, um mit grosser Vorsicht das Evangelium zu teilen und gemeinsam zu beten.» **Raphael Rauch**



Gottesdienst, noch vor Erlass der neuen Corona-Massnahmen. | Christian Ender, Jesuiten CH/D

Fortsetzung von vorheriger Seite

Geschlossene ...

Gottesdienst kommen? In manchen Restaurants sind doch auch 30 Leute.» Die Organistin Ulrike Mayer-Spohn nimmt die Beschränkungen pragmatisch: «Für mich macht es keinen so grossen Unterschied. Ich bin auf der Empore und sehe die Gemeinde nicht. Ich spiele für alle, die da sind.»

Gold-glänzender Optimismus

Der Kantor Javier Hagen erinnert sich an den Ratschlag eines Musik-Professors: «Du

kennst dein Publikum nicht. Stelle dir einfach vor, du spielst für den intelligentesten und sensibelsten Menschen, den du kennst. Ob eine Person im Saal ist oder tausend, spielt keine Rolle.»

Auch das gehört zu diesem Herbstsonntag im Wallis: ein gold-glänzender Optimismus. Ja, die Pfarrei St. Stephan Leuk-Stadt feiert Gottesdienst. Sie trotz der Pandemie. Pfarrer Daniel Noti ist überzeugt: «Das macht den Menschen im Oberwallis Mut!»

Raphael Rauch

Nuntius Thomas Gullickson verlässt die Schweiz

Der Botschafter des Papstes in Bern kehrt zurück in die USA. Erzbischof Thomas Gullickson (70) wird auf Ende Jahr pensioniert. Seine Zukunft plant er in seiner Heimat South Dakota.

Offenbar hat am 16. Oktober, dem Festtag der heiligen Hedwig, Nuntius Thomas Gullickson die Nachricht erreicht: Papst Franziskus kommt seiner Bitte nach und entlässt ihn aus dem diplomatischen Dienst. Nun steht der Termin für den Abschied fest: Am 31. Dezember 2020 hat Thomas Gullickson seinen letzten Arbeitstag an der Thunstrasse 60 in Bern.

Wie Gullicksons Blog zu entnehmen ist, plant der US-Amerikaner eine Rückkehr in seine Heimat in South Dakota. «Der Prozess des Hauskaufs ist ziemlich reibungslos verlaufen», schreibt Gullickson.

Noch einige Highlights

Bis Ende Jahr warten auf den Nuntius noch ein paar Highlights. Wenn die Corona-Pandemie der Reisediplomatie nicht ein jähes Ende bereitet, dann kommt am 7. November Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin in die Schweiz. Er ist der Leiter des mächtigen Staatssekretariats und die Nummer zwei im Vatikan – gleich nach Papst Franziskus. Grund für Parolins Besuch sind 100 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Heiligen Stuhl.

Ein weiterer Termin steht ebenfalls fest: Am Samstag, 21. November wird Gullickson bei «Pro Ecclesia» in Luzern erwartet. Er hält ein Pontifikalamt in der Hofkirche St. Leodegar.

Als Ziel seiner Schweizer Mission hatte der Nuntius immer wieder genannt, eine ordentliche Bischofswahl in Chur über die



Thomas Gullickson bei einem Gottesdienst in der Klosterkirche Einsiedeln. | © Oliver Sittel

Bühne zu bekommen. Ob diese bis Ende Dezember gelingt, kann allenfalls Kardinal Parolin beantworten.

Wer wird Bischof von Chur?

Wie kath.ch aus sicherer Quelle weiss, hat der Nuntius eine Liste mit moderaten Kandidaten nach Rom geschickt. Nun liegt es an Papst Franziskus, drei Kandidaten zu nennen. Diese müssen nicht mit der Liste des Nuntius übereinstimmen. Aus der Dreierliste des Papstes wird dann das zerstrittene Churer Domkapitel den neuen Bischof wählen.

Die Pensionierung von Gullickson auf Ende Jahr gibt einer These Auftrieb, die schon länger kursiert: «Mit diesem Nuntius wird es

keinen neuen Bischof geben.» Demnach spiele Franziskus auf Zeit: Er wolle erst einen neuen Nuntius ernennen – um dann die Bischofswahl in die Wege zu leiten. Insgesamt war Gullickson über 35 Jahre lang im diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls tätig, seit 2015 als Botschafter des Papstes in der Schweiz und Liechtenstein.

Abgeschottet

Anfangs verfolgte Gullickson einen offenen Kurs, traf viele Kirchenvertreter und gab Journalisten muntere Interviews. In letzter Zeit schottete er sich mehr und mehr ab. Bei Reformkatholiken ist der konservative Nuntius schon länger Persona non grata.

Raphael Rauch

Justitia et Pax plädiert für die Kovi

Die bischöfliche Kommission versteht sich als Fürsprecherin der Menschenrechte und ruft deshalb zu einem Ja zur Konzernverantwortungsinitiative auf.

Der Generalsekretär von Justitia et Pax, Wolfgang Bürgstein, schreibt in der Mitteilung der Kommission Klartext: «Menschenrechtsverletzungen und/oder eine Schädigung der Umwelt, die die davon betroffenen Menschen in ihren Lebensmöglichkeiten gefährden, sind unter keinen Umständen tolerierbar.»

Um solche zu verhindern, brauche es die entsprechenden Rechtsmittel und Sankti-

onsmöglichkeiten. Und diese biete die Konzernverantwortungsinitiative, über die am 29. November abgestimmt wird. Deshalb plädiert Justitia et Pax gemäss Mitteilung für ein Ja.

Berufung auf «Fratelli tutti»

Die Empfehlung fusst auch im Selbstverständnis des Gremiums. Die bei der Schweizer Bischofskonferenz angesiedelte Kom-

mission versteht sich «als Fürsprecherin von Menschenrechten und der Bewahrung der Schöpfung für die «eine Menschheitsfamilie.» Dies im Sinne ihres lateinischen Namens, der auf Deutsch «Gerechtigkeit und Frieden» bedeutet.

In ihrer Stellungnahme beruft sich Justitia et Pax zudem auf den Aufruf von Papst Franziskus zu einer weltweiten Geschwisterlichkeit, der in der Enzyklika «Fratelli tutti» festgehalten ist.

Die Kommission nimmt die Unternehmen mit Sitz in der Schweiz in die Pflicht. Sie erwartet, dass sie die Einhaltung von Menschenrechten und den Schutz der Umwelt «in die Welt» tragen und dadurch einen «Beitrag für eine gerechtere Welt» liefern. (rp)

Schweiz

«Inflationäre» Papst-Interviews

Papst Franziskus hat sich dafür ausgesprochen, dass Schwule und Lesben ihre Partnerschaft rechtlich absichern können. Wie das Rechtsaussen-Portal kath.net berichtete, kritisiert der Churer Weihbischof Marian Eleganti die Aussagen von Papst Franziskus zur Zivilehe für Homosexuelle. Laut Eleganti sind «die päpstlichen Interviews inflationär geworden. Statt den Glauben der Kirche zu lehren, nämlich das, was überall, immer und von allen geglaubt wurde und zu glauben ist (Vinzenz von Lérins), geben sie uns persönliche Ansichten, die weder unumstritten noch unfehlbar sind.» Die Kirche könne nicht zu «zivilrechtlich sanktionierten Lebensformen ermutigen, die ihrem eigenen Katechismus widersprechen. Und auch letzterer kann nicht in einem Handstreich geändert werden.» (rr)

Josef Annen geht

Der ehemalige Generalvikar Josef Annen ist auf Ende Oktober von seinem Amt als Delegierter des Apostolischen Administrators für Zürich und Glarus zurückgetreten. Der Rücktritt des 75-Jährigen erfolgte aus gesundheitlichen Gründen. Sein Nachfolger steht noch nicht fest. Bis zum Amtsantritt eines neuen Bischofs werde das Amt des Generalvikars von Bischof Peter Bürcher übernommen, teilte das Bistum Chur mit. (Bild: Josef Annen | © Barbara Ludwig) (rr)



Impressum

kath.ch religion-politik-gesellschaft ist eine Publikation des Katholischen Medienzentrums Zürich. Sie erscheint als Beilage zur Schweizerischen Kirchenzeitung.

Verantwortung: Regula Pfeifer; Redaktion dieser Ausgabe: Barbara Ludwig

Die Verwendung von Inhalten ist honorarpflichtig und nur mit Quellenangabe gestattet. Entsprechende Anfragen an 044 204 17 80 oder redaktion@kath.ch.

Foto zur «Meinung» | © Christoph Wider

Ausland

Enttäuschte Frauen

Das Kollektiv «Toutes Apôtres!» («Alle Apostel!») um die französische Theologin Anne Soupa kritisiert die Ernennung von Olivier de Germay zum neuen Erzbischof von Lyon. «Wir glauben, dass die Kirche heute ein anderes Gesicht bieten muss als diese männliche Ausschliesslichkeit, welche entgegen den Evangelien die Hälfte der Menschheit auslässt», hiess es im Oktober in einer Stellungnahme des Kollektivs. Soupa hatte sich im Mai ebenfalls um den Posten beworben. (cath.ch)

Schneller zur Heiligsprechung

Noch fehlt ein weiteres medizinisches Wunder, damit Adolph Kolping Heiliger werden kann. Das Kolpingwerk Deutschland versucht, mit einer Petition den Prozess zu beschleunigen. Seit 27. Oktober sammelt es Unterschriften für eine Heiligsprechung seines Gründers Adolph Kolping (1813–1865). Die Unterschriften sollen Papst Franziskus bei einer Romwallfahrt übergeben werden, am 27. Oktober 2021. Dann jährt sich die Seligsprechung von Kolping zum 30. Mal. Mit einer Dispens des Papstes wäre die Heiligsprechung auch ohne zweites anerkanntes Wunder möglich. Kolping Schweiz will sich ebenfalls an der Petition beteiligen. (bal)

Vatikan

Stille Nacht im Vatikan

Wegen der Corona-Pandemie feiert Papst Franziskus die traditionelle Christmette in privater Form. Das geht aus einer Verbalnote hervor, die vom vatikanischen Staatssekretariat an die Botschafter beim Heiligen Stuhl versendet wurde. Inwieweit überhaupt Gläubige an dem Gottesdienst zu Heiligabend teilnehmen können, war vom Büro für die päpstlichen Zeremonien und beim vatikanischen Presseamt zunächst nicht zu erfahren. Üblicherweise hält der Papst auch am Weihnachtstag eine Ansprache von der Mittelloggia des Petersdoms und spendet den Segen «für die Stadt und den Erdkreis». (Bild: Papst Franziskus an Ostern 2020 | © KNA) (cic)



Social Media

«Die Mitra schützt vor Torheit nicht»

Papst Franziskus hat sich dafür ausgesprochen, dass Homosexuelle ihre Partnerschaft rechtlich absichern können. Der Churer Weihbischof Marian Eleganti kritisierte dies. Was umgehend zu Diskussionen auf dem Facebook-Kanal von kath.ch führte.

«Eleganti muss für seinen neuesten anti-päpstlichen Ausriss das Placet des Administrators von Chur erhalten haben», vermutet Lukas S. Brühwiler. Und spielt damit auf den Maulkorb an, den ebendieser Administrator, Peter Bürcher, dem Weihbischof im März wegen umstrittener Aussagen zu den Corona-Massnahmen verpasste.

Lorenzo Odermatt hält nichts von Elegantis Kritik: «Er würde besser schweigen, sich in ein Kloster zurückziehen.» Remo Meister kritisiert hingegen die Berichterstattung über Eleganti. «Gebt diesem weltfremden Herrn doch nicht immer so eine grosse Plattform.»

Einige User wundern sich nicht. «In der katholischen Kirche sind diese konservativen Nörgler bis ganz oben zu finden», schreibt Urban Günter und verweist auf einige hochrangige Geistliche. Peter Miksch meint lapidar, dies sei halt Eleganti. «Was von seinen Auslassungen zu halten ist, wissen wir seit dem Frühjahr, frei nach dem Motto «Weihwasser gegen das Virus». Oder anders gesagt: Die Mitra schützt vor Torheit nicht.»

Karl Stadler verteidigt den Papst: Dieser habe mit keinem Wort angedeutet, dass homosexuelle katholische Gläubige «eine solche Lebensform» wählen sollen. (bal)

Zitat

«Es muss alles Platz haben:
der Schutz der alten
Menschen, ein würdiges
Leben bis zum Schluss und
ein Sterben zur rechten Zeit.»

Eveline Widmer-Schlumpf

Pro-Senectute-Präsidentin und Ex-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf lehnt in einem Interview in der «NZZ am Sonntag» pauschale Besuchsverbote in Altersheimen ab.